



SSK - Schweizerische Staatsschreiberkonferenz
CCE - Conférence suisse des Chanceliers d'Etat
CCS - Conferenza svizzera dei Cancellieri di Stato

Tätigkeitsbericht

für den Zeitraum vom 1. Juli 2023 bis 30. Juni 2024



Inhaltsverzeichnis

1	Organe und Mutationen	3	3.6	Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)	8
1.1	Zusammensetzung des Vorstands	3	3.7	Institutsrat des Instituts für Föderalismus	8
1.2	Mutationen	3	3.8	Weitere Vertretungen	8
1.3	Tod von André Simonazzi, Vizekanzler und Sprecher des Bundesrates	3	3.8.1	Interkantonale Fachgruppe E- Government der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz (AG e-Gov)	9
2	Tätigkeiten der Konferenz	5	4	Laufende Projekte:	10
2.1	Vorstandssitzungen	5	4.1	E-Voting	10
2.2	Plenarkonferenzen	5	4.1.1	Steuerungsausschuss Vote électronique (SA VE)	10
2.2.1	Herbstkonferenz am 8. September 2023 in Brunnen (SZ)	5	4.1.2	Arbeitsgruppe der Staatskanzlerinnen,- kanzler, -schreiberinnen und schreiber	11
2.2.2	Frühjahrskonferenz am 21. und 22. März 2024 in Aarau (AG)	5	4.2	Digitale Verwaltung Schweiz	11
2.2.3	Studienreise	6	4.2.1	Arbeitsgruppe der Staatskanzlerinnen,- kanzler, -schreiberinnen und schreiber Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)	11
2.3	Arbeitsgruppe «Zukunft»	6	5	Sonstige Tätigkeiten	12
3	Vertretung in anderen Institutionen	7	5.1	Tagung Behördenkommunikation	12
3.1	Konferenz der Konferenzpräsidien	7	5.2	Veröffentlichung von Studien	12
3.2	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo)	7	5.3	Interkantonale Vergleiche	12
3.3	Vorstand der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK)	7	5.3.1	Organisation der Datenschutzstelle in den Kantonen	12
3.4	Leitender Ausschuss der ch Stiftung	7			
3.5	Organisationskomitee des Interlaken- Seminars	8			

Freiburg, August 2024

Korrespondenzadresse

—

Schweizerische Staatsschreiberkonferenz, c/o Staatskanzlei des Kantons Freiburg, Route des Arsenaux 41, 1700 Freiburg, Tel.: +41 (0)26 305 10 80. E-Mail: info@ssk-cce.ch, www.cce-ssk.ch

Titelbild Frühjahrskonferenz, Aarau 2024

1 Organe und Mutationen

1.1 Zusammensetzung des Vorstands

Im Berichtsjahr setzte sich der Vorstand wie folgt zusammen:

Präsidium	Stefan Bilger, SH
Vizepräsidium	Kathrin Arioli, ZH
Vertreter des Bundes	Walter Thurnherr, Bundeskanzler (bis 31.12.2023) Viktor Rossi, Bundeskanzler (ab 01.01.2024)
Generalsekretärin	Danielle Gagnaux-Morel, FR
Verantwortlicher Institutionen	Roger Nobs, AR

1.2 Mutationen

Im Berichtsjahr kam es im Vorstand zu einem Wechsel: Bundeskanzler Walter Thurnherr trat per Ende 2023 vom Bundesdienst und damit auch als Vorstandsmitglied der SSK zurück. Walter Thurnherr gestaltete seit 2016 nicht nur die Arbeit im Bundesratsgremium, sondern auch die Arbeit in der SSK aktiv mit und war ein verlässlicher und hoch geschätzter Partner in der Zusammenarbeit zwischen den kantonalen Staatskanzleien und der Bundeskanzlei. Diese Zusammenarbeit wurde insbesondere in der Corona-Pandemie auf die Probe gestellt und hat – auch dank der unkomplizierten und direkten Art von Walter Thurnherr – funktioniert. Zudem hat sich Walter Thurnherr jahrelang aktiv und beharrlich für das Projekt Vote Électronique engagiert und ist mitverantwortlich, dass das Projekt im Berichtsjahr in den Pionierkantonen einen erfolgreichen Neustart nehmen konnte und damit der Weg für die kontinuierliche Ausweitung des Projekts vorbereitet werden konnte. Schliesslich prägte Walter Thurnherr die Konferenz durch seine Kompetenz und seinen Sachverstand in Kombination mit seinem ihm eigenen Humor und Schalk.

Für sein jahrelanges Engagement zugunsten unserer Konferenz danke ich Ihm im Namen der Konferenz ganz herzlich!

Stefan Bilger, SH

Am 1. April 2024 trat der neue Staatskanzler des Kantons Waadt, Michel Staffoni, nach seiner Ernennung sein Amt an. Er ersetzt den Staatskanzler ad interim François Vodoz, der das Amt nach dem Ausscheiden von Aurélien Buffat am 10. Juli 2023 übernommen hat.

Da Bundeskanzler Walter Thurnherr beschlossen hat, sein Amt per Ende 2023 niederzulegen, hat die Bundesversammlung Viktor Rossi zu seinem Nachfolger gewählt. Das Amt des Vizekanzlers wurde ad interim von Jörg De Bernardi übernommen. Die zweite Stelle des Vizekanzlers ad interim wird von Ursula Eggenberger besetzt, die André Simonazzi ersetzt.

1.3 Tod von André Simonazzi, Vizekanzler und Sprecher des Bundesrates

André Simonazzi wurde am 10. Mai 2024 auf einer seiner geliebten Wanderungen unerwartet und jäh aus dem Leben gerissen. Die Nachricht über seinen plötzlichen Tod hat uns bestürzt und sprachlos gemacht. Und wir sind es noch immer.

André war in seiner Funktion als Vize-Bundeskanzler seit 2009 ein engagiertes Mitglied unserer Konferenz. Immer wieder konnten wir von seiner überragenden Kompetenz in Informations- und Kommunikationsfragen und von seiner jahrelangen und immensen Erfahrung und seinem stupenden Wissen profitieren. André hat sich

im besten Sinne in unserer Konferenz eingebracht. Er hatte zudem immer ein offenes Ohr, wenn eine Frage oder eine Herausforderung anstand, unbesehen, ob diese von einem grossen oder kleinen Kanton formuliert wurde.

André hatte keine Standesdünkel, war zugänglich und hilfsbereit. Er, der sich unter anderem jahrelang für den Aufbau und die Pflege eines Krisenkommunikationsnetzes von Bund und Kantonen eingesetzt hatte, behielt während der Pandemie Recht. Zudem wurden seine Kompetenz und Souveränität während der Pandemie für eine breites Publikum sicht- und spürbar. So ernsthaft auch manche Herausforderungen und Sachverhalte gewesen sind: André hat den ihm eigenen Witz und Humor nie verloren und manch eine Situation entsprechend deeskaliert. Auch in diesem Bereich war er uns ein Vorbild.

Wir wollen nicht wahrhaben, dass André nicht mehr unter uns ist. André, wir werden Deine Herzlichkeit und Deine Kompetenz in unserer Konferenz sehr vermissen.

Stefan Bilger, Präsident SSK



© Devènes / Bundeskanzlei

2 Tätigkeiten der Konferenz

2.1 Vorstandssitzungen

Im Berichtsjahr traf sich der Vorstand zu vier Sitzungen: am 18. August 2023, am 11. Dezember 2023, am 29. Januar 2024 und am 24. Juni 2024.

Der Vorstand diskutierte die Vorbereitung der eidgenössischen Wahlen 2023, wobei er einen besonderen Schwerpunkt auf die Versuche der elektronischen Stimmabgabe bei diesen Wahlen legte. Der Austausch gab Auskunft über den Stand der Vorbereitungen. Die Versuche, die bei den eidgenössischen Wahlen in den Kantonen Basel-Stadt, St. Gallen und Thurgau durchgeführt wurden, waren sehr zufriedenstellend und ermöglichen eine Fortsetzung der Versuche sowie eine Ausweitung der Anzahl der Versuchskantone in der Zukunft. Bei den politischen Rechten prüfte der Vorstand aktuelle Vorstösse und Geschäfte auf Bundesebene, darunter den Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats Carrobio [21.3296](#) «Menschen mit einer geistigen Behinderung sollen umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können», der die Frage nach dem Gleichgewicht zwischen dem Ausschluss urteilsunfähiger Schweizerinnen und Schweizer vom Stimmrecht und der Gleichberechtigung der Bürgerinnen und Bürger sowie allgemein dem Zugang zum Stimmrecht aufwirft.

Der Vorstand der SSK organisierte in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Demokratie in Aarau eine Tagung mit dem Titel «Behördenkommunikation in der direkten Demokratie».

Bei seinen Sitzungen arbeitet der Vorstand daran, die Präsenz der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz bei spezifischen Dossiers, die in den Zuständigkeitsbereich der Staatskanzleien fallen, zu verstärken. Um verschiedene mögliche Entwicklungsszenarien entwerfen zu können, diskutierte er daher nachhaltig die allgemeine Funktionsweise der Konferenz und ihre spezifischen Themenbereiche.

2.2 Plenarkonferenzen

2.2.1 Herbstkonferenz am 8. September 2023 in Brunnen (SZ)

An der statutarischen Herbstkonferenz wurden der Jahresbericht der Konferenz, der Jahresbericht der Arbeitsgruppe E-Government, die Jahresrechnung, das Budget 2024-2025 und der Mitgliedsbeitrag genehmigt.

Die Plenarkonferenz diskutierte den Stand der Dinge und die Fortschritte bei den Vorbereitungen für die eidgenössischen Wahlen. Es wurde auch die Möglichkeit erwähnt, dass eine Delegation der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zur Beobachtung der Wahlen kommen könnte. Im Zusammenhang mit den eidgenössischen Wahlen tauschten sich die Mitglieder über den Fortschritt der E-Voting-Versuche und über Kantone, die sich künftig an der Entwicklung der Anwendung beteiligen möchten, aus. Die Plenarkonferenz bestätigte auch die Schaffung eines E-Voting-Starterkits für die Kantone, damit diejenigen, die mit E-Voting beginnen wollen, eine Referenzbasis und Informationen über die Implementierung des Systems erhalten.

Die Konferenz tauschte sich über das Organ Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) aus und wie die Konferenz besser in dieses Organ eingebunden werden kann, damit die Staatskanzleien, die oft für Digitalisierung und die digitale Transformation der Verwaltung zuständig sind, sich über Projekte austauschen, Erfahrungen teilen und ihre Positionen einbringen können.

2.2.2 Frühjahrskonferenz am 21. und 22. März 2024 in Aarau (AG)

Thema der Frühjahrskonferenz war der Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) im öffentlichen Bereich. Technologische Entwicklungen wie künstliche Intelligenz wirken sich direkt auf die Behörden aus, die nicht nur von der Entstehung dieser neuen Werkzeuge für die tägliche Arbeit profitieren, sondern sich auch den damit

verbundenen Herausforderungen stellen müssen. Professorin Nadja Braun Binder von der Universität Basel sprach über rechtliche Aspekte auf Schweizer und europäischer Ebene und über die Herausforderungen bei der Regulierung von KI im öffentlichen Bereich. Der Vizedirektor des Bundesamtes für Statistik, Bertrand Loison, stellte den Einsatz von KI in der Bundesverwaltung und das Kompetenznetzwerk für künstliche Intelligenz (CNAI) vor, das eine [Liste von KI-Projekten in den eidgenössischen Departementen](#) zusammengestellt hat. Ausserdem erläuterte er die Chancen und Risiken von künstlicher Intelligenz in der Bundesverwaltung. Anschliessend konnten sich die Konferenzmitglieder über sechs konkrete Projekte zum Einsatz oder zur Reglementierung von KI in der Bundes- und Kantonsverwaltung informieren.

Die Konferenz befasste sich mit der Thematik der politischen Rechte und insbesondere mit dem Zugang zu Abstimmungen oder Wahlen für Menschen mit Sehbehinderungen. Die Konferenz betonte, dass die Einführung von E-Voting die Probleme von Menschen mit Behinderungen lindern wird.

Die Mitglieder der Konferenz erinnerten an die Bedeutung der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS) für die Entwicklung von Projekten zum digitalen Wandel in der Schweiz. Die Kantone, der Bund und die Gemeinden müssen zusammenarbeiten, damit die Projekte erfolgreich durchgeführt werden können.

An der Konferenz wurde ausserdem beschlossen, die vorgeschlagene technologische Erneuerung der Plattform Lexfind zu bestätigen. Es wurde vereinbart, dass von dem damit beauftragten Unternehmen ein Jahresbericht erstellt wird, damit die Entwicklungen nachvollzogen werden können.

2.2.3 Studienreise

Im Berichtszeitraum wurde von der SSK keine Studienreise durchgeführt.

2.3 Arbeitsgruppe «Zukunft»

Die Arbeitsgruppe «Zukunft» hat im Berichtszeitraum dreimal getagt (3. Januar, 22. März und 10. Juni 2024). Sie hat ihre Arbeiten zum Thema E-Voting (Massnahme B.10) definitiv sistiert. Stattdessen setzte sie sich mit der Frage einer Neu-Organisation und Ressourcenstärkung der Staatsschreiberkonferenz auseinander und entwickelte dazu verschiedene Modelle zuhanden des Vorstands. Ausserdem nahm sie Kenntnis von den Arbeiten im Projekt «Gouvernanz Amtsblattportal», in die mehrere Staatskanzleien involviert sind. Schliesslich konnte die Arbeitsgruppe auf eine erfolgreiche interdisziplinäre Fachtagung in Aarau zum Thema «Behördenkommunikation in der direkten Demokratie» vom November 2023 zurückblicken.

Christoph Auer, BE

3 Vertretung in anderen Institutionen

Im Berichtsjahr war die Konferenz durch einige ihrer Mitglieder oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kantone in verschiedenen Institutionen vertreten. Deren Vertreter berichten in den folgenden Absätzen kurz über ihre Tätigkeit.

3.1 Konferenz der Konferenzpräsidenten

Die SSK war an der Präsidienklausur vom 31. Januar/1. Februar 2024 in Konolfingen vertreten. Es wurden unter anderem folgende Themen behandelt: die Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS), die Umsetzung der Verfassungsartikel zur Pflege (Pflegeinitiative), die BFI-Botschaft 2025-2028, die Teilrevision des Landesversorgungsgesetzes, die Rahmenordnung KdK-Direktorenkonferenzen, die Weiterentwicklung des Dienstpflichtmodells, die Energieversorgungssicherheit, die Europapolitik (Verhandlungsmandat mit der EU), Schutzstatus S / Asylwesen, Aufgabenteilung II.

Stefan Bilger, SH

3.2 Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo)

Die KoSeKo koordiniert die Bearbeitung der Geschäfte zwischen den Fachdirektorenkonferenzen und der Konferenz der Kantonsregierungen und fördert die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch im Haus der Kantone. 2023 überarbeitete sie in einem längeren Prozess die Rahmenordnung, welche die Koordination unter den interkantonalen Konferenzen regelt. Die SSK beteiligte sich aktiv am Vernehmlassungsverfahren. In die überarbeitete Rahmenordnung sind unter anderem auch die Erfahrungen aus den verschiedenen Krisen der vergangenen Jahre und deren Auswirkungen auf die interkantonale Zusammenarbeit eingeflossen. Die Plenarversammlung der KdK verabschiedete das Dokument am 22. März 2024.

Roger Nobs, AR

3.3 Vorstand der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK)

Die Auflösung der SIK und die Übertragung der Aktivitäten von eOperations an die DVS wurden erörtert und abgeschlossen. Der Vorstand musste sich noch Gedanken über die Übertragung der verbleibenden Vermögenswerte der SIK an die DVS machen. Diese sollte an der Delegiertenversammlung im September 2024 erfolgen. Der Vertrag zwischen der SIK und der DVS wurde vorbereitet und ausgearbeitet. Der Verwaltungsrat der eOperations Suisse AG bestätigte seinerseits die Übertragung der SIK-Aktien an die DVS.

Danielle Gagnaux-Morel,

3.4 Leitender Ausschuss der ch Stiftung

Der Leitende Ausschuss trat zweimal zusammen, am 9. November 2023 und am 16. Mai 2024. In seiner Novembersitzung beschloss der Leitende Ausschuss unter anderem die Wiederwahl der Vertretung der SSK im Leitenden Ausschuss der Stiftung ch und legte zehn Prioritäten für das Jahr 2024 fest, u. a.: Entwicklung der Sichtbarkeit der ch Stiftung, die Interkantonale Konferenz Citoyenneté und Verstärkung der Präsenz in den sozialen Netzwerken. Der Leitende Ausschuss begann zudem mit den Diskussionen über das Arbeitsprogramm 2025-2028, das die Aktivitäten der ch Stiftung verdichtet. Aus der Vision «Nutzen des Föderalismus» werden vier strategische Ziele erarbeitet. Die Ziele lauten wie folgt: die Stärken des Föderalismus nutzen, den Föderalismus besser bekannt machen, die Verständigung fördern und die dem Föderalismus eigene Pluralität im und durch den Journalismus verteidigen. Der Leitende Ausschuss diskutierte auch die Zukunft des Föderalismusmonitorings und die Form, in der es stattfinden soll.

An seiner Sitzung vom Mai 2024 beschloss der Leitende Ausschuss, dem Stiftungsrat die Wiederwahl von Staatsrätin Florence Nater (NE) als Präsidentin der ch Stiftung vorzuschlagen. Zudem nahm er die Jahresrechnung 2023, den Jahresbericht 2023 und das Budget 2025 zur Kenntnis. Das Arbeitsprogramm 2025-2028 wurde erneut diskutiert, bevor eine konsolidierte Fassung an den Stiftungsrat der ch Stiftung weitergeleitet wurde. Der Föderalismuspreis 2024 wurde dem *Forum für die Zweisprachigkeit* für sein Engagement für ein besseres Verständnis zwischen den Sprachen verliehen.

Danielle Gagnaux-Morel, FR

3.5 Organisationskomitee des Interlaken-Seminars

Das ch Regierungsseminar dient als Plattform zum Austausch, zur Weiterbildung und zur Vernetzung von Regierungsrätinnen und Regierungsräten und soll den Föderalismus generell stärken und festigen. Es bietet Personen mit Regierungsverantwortung die Möglichkeit, sich über Megatrends und aktuelle Herausforderungen zu informieren und sich auszutauschen. Die Ausgabe 2024 widmete sich dem Generalthema «Schweiz 2040». Zur Sprache kamen dabei die digitale Transformation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, der Arbeitskräftemangel, sowie weitere prägende Themen für die Schweiz 2040, wie Information und Kommunikation, Gesundheit oder Mobilität in der Zukunft.

Roger Nobs, AR

3.6 Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)

Das politische Führungsgremium der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS), bestehend aus elf Mitgliedern, ist verantwortlich für die Erarbeitung der Strategie und die Erreichung der darin festgelegten Ziele. Der Vorsitz wurde in Co-Leitung Regierungsrat Markus Dieth (AG) (2023) und Bundesrätin Karin Keller-Sutter (2024) wahrgenommen. Es nehmen drei Bundesrätinnen und Bundesräte, fünf Vertreterinnen und Vertreter der kantonalen Regierungen und drei Vertreter der Städte und Gemeinden im politischen Führungsgremium Einsitz; Thomas Minger vertritt die KdK und Daniel Spadin die SSK mit beratender Stimme. Das Gremium tagte in der Berichtsperiode drei Mal. Im Zentrum standen dabei insbesondere folgende Geschäfte: Bereinigung der Strategie Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027, Festsetzung des Umsetzungsplans 2024 und Vorgehen Anschubfinanzierung 2025 (inkl. Revision des Anhangs zur Finanzierungsvereinbarung Agenda DVS), Überführung der Schweizerischen Informatikkonferenz in die DVS und die Weiterentwicklung des Organs DVS. Der Jahresbericht 2023 der DVS und detaillierte Informationen zu den einzelnen Sitzungen bzw. Geschäften können [hier](#) abgerufen werden

Daniel Spadin. GR

3.7 Institutsrat des Instituts für Föderalismus

Der Institutsrat des Instituts für Föderalismus hat im Berichtszeitraum dreimal getagt (ordentliche Sitzungen vom 27. November 2023 und 11. März 2024 sowie ausserordentliche Sitzung vom 8. Mai 2024). Wichtigstes Thema war nebst den ordentlichen Standardgeschäften (Geschäftsbericht, Budget, Rechnung usw.) die Sicherstellung einer finanziellen Unterstützung des Instituts durch den Bund (Schaffung einer Rechtsgrundlage für eine wiederkehrende Grundfinanzierung). Das Institut hat zu diesem Zweck in Zusammenarbeit mit der KdK eine Musterstellungnahme erarbeitet, die den Kantonen im Hinblick auf die Vernehmlassung zur Verfügung gestellt wurde.

Christoph Auer, BE

3.8 Weitere Vertretungen

Die SSK ist in einigen nationalen Gremien durch Führungskräfte der kantonalen Kanzleien vertreten.

3.8.1 Interkantonale Fachgruppe E-Government der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz (AG e-Gov)

Im Rahmen der vier durchgeführten Sitzungen zwischen dem 1. Juli 2023 und dem 30. Juni 2024 wurden einerseits Digitalisierungsprojekte und Vorhaben aus den Kantonen präsentiert und andererseits Fachthemen durch Experten aus der Wirtschaft und des Bundes vorgestellt. Im vergangenen Jahr wurden beispielsweise Themen wie die Berufslehre Entwickler/in Digitales Business EFZ oder der Aufbau des Kompetenznetzwerkes für künstliche Intelligenz (CNAI) in der Bundesverwaltung vorgestellt. Wie auch in den Vorjahren lag das Schwergewicht beim Erfahrungsaustausch unter den Digitalisierungsspezialisten der Kantone und des Organs Digitale Verwaltung Schweiz (DVS). Dieser Austausch ist von zentraler Bedeutung, da er den Akteuren die Möglichkeit gibt, bewährte Praktiken zu teilen und gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen. Der stetige Wissenstransfer und die Pflege des persönlichen Netzwerks unter den Kantonsvertreterinnen und -vertretern liefern einen wichtigen Beitrag, um die digitale Transformation und die Digitalisierung in den Kantonen gemeinsam zu forcieren. Durch regelmässige Treffen und den intensiven Dialog wird sichergestellt, dass die verschiedenen Digitalisierungsinitiativen koordiniert und synergistisch umgesetzt werden können. Der persönliche Austausch ermöglicht es den Beteiligten, sich über neueste technologische Trends zu informieren, innovative Lösungen zu diskutieren und Partnerschaften zu entwickeln. Dadurch wird nicht nur die Effizienz und Effektivität der Digitalisierungsprojekte gesteigert, sondern auch die Zusammenarbeit und der Zusammenhalt zwischen den Kantonen gestärkt. Insgesamt tragen diese Aktivitäten entscheidend dazu bei, die digitale Zukunft der Kantone aktiv und erfolgreich zu gestalten.

Marc Heuberger, GR

4 Laufende Projekte:

4.1 E-Voting

4.1.1 Steuerungsausschuss Vote électronique (SA VE)

Nachdem die Wiederaufnahme von E-Voting am Urnengang vom 18. Juni 2023 in den Kantonen BS, SG und TG erfolgreich verlaufen ist, stellten die drei Kantone im Juli 2023 das Gesuch für den Einsatz bei den Nationalratswahlen. Der Bundesrat hat am 16. August 2023 den Gesuchen entsprochen und den Einsatz [von E-Voting an den Nationalratswahlen 2023 bewilligt](#).

An der Herbstkonferenz der SSK vom 9./10. September 2023 in Brunnen wurde beschlossen, ein Starter-Kit für alle Noch-nicht-VE-Kantone zu erarbeiten. Gleichzeitig wurde die Arbeitsgruppe VE SSK um all diejenigen Kantone erweitert, die Interesse bekundet hatten, Vote électronique kurz- und mittelfristig einzusetzen.

Der Einsatz von VE an den Nationalratswahlen lief erfolgreich, 4'480 Stimmberechtigte wählten elektronisch. In Absprache mit der Bundeskanzlei fand keine spezifische Kommunikation zu E-Voting statt. Die Kantone BS, SG und TG nahmen in ihren Medienmitteilungen bloss einen kurzen Hinweis auf die Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe auf.

Ein Expertenteam der OSZE/ODIHR führte bei den Nationalratswahlen eine Wahlbeobachtung durch.

An seiner Sitzung vom 22. November 2023 hatte der Bundesrat dem Kanton Graubünden die Grundbewilligung für Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe bei eidgenössischen Abstimmungen erteilt.

Am 3. März 2024 setzte GR erstmals Vote électronique erfolgreich in fünf Gemeinden ein. Somit gaben an jenem Urnengang gesamtschweizerisch insgesamt 6'870 Stimmberechtigte ihre Stimme elektronisch ab.

An der Frühlingskonferenz der SSK vom 22. /23. März 2024, in Aarau, wurde das Starter-Kit «Einstiegsdossier» vorgestellt. Es bildet die Grundlage für alle Kantone, den Einsatz von Vote électronique zu prüfen, zu planen, die finanziellen Folgen abzuschätzen sowie von den umfangreichen Vorarbeiten derjenigen Kantone zu profitieren, die bereits Vote électronique einsetzen.

Das Elektorat in den Kantonen St. Gallen und Graubünden (Pilotgemeinden) wird laufend erweitert, zudem haben diese beiden Kantone Vote électronique für die kantonalen bzw. kommunalen Wahlen eingesetzt.

[Der Schlussbericht zur Wahlbeobachtung der OSZE / ODIHR](#) wurde am 29. Mai 2024 auf der Webseite der OSZE publiziert. Die OSZE /ODIHR attestiert der Organisation der E-Voting-Versuche Professionalität und Transparenz. Positiv erwähnt werden insbesondere erweiterte Transparenz- und Sicherheitsvorkehrungen sowie die Verifizierbarkeit, die im Rahmen der Neuausrichtung in Konformität mit internationalen Empfehlungen weiterentwickelt wurde.

Am Urnengang vom 9. Juni 2024 verlief der Einsatz von E-Voting erfolgreich. Es kam während dem Urnengang zu keinen Vorkommnissen. In den Kantonen BS, GR, SG und TG gingen insgesamt 7'971 Stimmen elektronisch ein.

In der Berichtsperiode traf sich der Steuerausschuss E-Voting zu vier Sitzungen (13. September 2023, 22. November 2023, 25. März 2024, 20. Juni 2024)¹. Der neue Bundeskanzler hat angekündigt, das Projekt wie bis anhin weiterzuführen und nach Abschluss der laufenden Legislatur Bilanz zu ziehen.

Barbara Schüpbach-Guggenbühl, BS

4.1.2 Arbeitsgruppe der Staatskanzlerinnen,-kanzler, -schreiberinnen und schreiber

Die digitale Vorbereitung der Sitzungen des Steuerausschusses in der **Arbeitsgruppe VE SSK** unter den Kantonen ist bestens etabliert. Die Kolleginnen und Kollegen können sich dabei auf äusserst fundierte Vorarbeiten der kantonalen Projektverantwortlichen stützen, die an dieser Stelle erneut herzlich verdankt werden. Die an der Herbstkonferenz 2023 beschlossene Erweiterung auf die Kantone GE, SO, TI, BE und JU ist eine Bereicherung. Weitere Kolleginnen und Kollegen sind jederzeit willkommen.

Die Arbeitsgruppe hat in im Berichtsjahr erneut in das Thema Kommunikation investiert. Zum einen hat sie die E-Voting-Informationsplattform (www.evoting-info.ch) erneuert. Zum anderen hat sie der Arbeitsgruppe Kommunikation den Auftrag erteilt, die Kommunikation neu auszurichten. Aus kommunikativer Sicht kann nach mehreren erfolgreich durchgeführten Urnengängen, darunter auch die Wahlen vom 22. Oktober 2023, die Phase der Wiedereinführung als abgeschlossen gelten. Für die nächste Phase – Weiterführung und Ausweitung des Versuchsbetriebs – sind die Ziele und Bedürfnisse der verschiedenen Akteure neu abzugleichen sowie deren Aufgaben, Rollen und Informationsabläufe zu klären und gegebenenfalls neu zu definieren. Die Arbeitsgruppe wird im Sinne eines Diskussionspapiers ein Konzept erarbeiten, das der weiteren strategischen Ausrichtung und Planung der Kommunikation von E-Voting dient.

Barbara Schüpbach-Guggenbühl, BS

4.2 Digitale Verwaltung Schweiz

4.2.1 Arbeitsgruppe der Staatskanzlerinnen,-kanzler, -schreiberinnen und schreiber Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)

Der von der SSK ins Leben gerufene Arbeitsgruppe Digitale Verwaltung gehören Kathrin Arioli, Danielle Gagnaux, Benedikt van Spyk und Daniel Spadin an. Ihre Aufgaben umfassen u.a. die Unterstützung der Vertretung der SSK im politischen Führungsgremium, Koordinationsaufgaben (Musterstellungennahmen und Einschätzungen bei Umfragen), Einbezug bei Auswertung der Konsultationen der Kantone (durch DVS/KdK) und das Mitwirken bei möglicher Weiterentwicklung der DVS (z.B. Rolle der Gremien, inkl. Interkantonale Fachgruppe E-Gov).

In der neuen Zusammensetzung tagte die Arbeitsgruppe in der ersten Hälfte 2024 vier Mal, davon einmal mit Vertretern der Interkantonalen Fachgruppe E-Government und einmal mit dem Bundeskanzler. Unter anderem beschäftigte sie sich mit der Bereinigung der Revision des Anhangs 2025 der Finanzierungsvereinbarung DVS, einer möglichen Weiterentwicklung der durch die SSK eingesetzten Interkantonalen Fachgruppe E-Government sowie mit einer möglichen Weiterentwicklung der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS).

Daniel Spadin. GR

¹ Der Steuerausschuss traf sich mittlerweile zu 49 Sitzungen. Er wurde auf Initiative der E-Voting-Kantone initiiert und an der Frühlingskonferenz 2011 implementiert. In den letzten Jahren wurde er bundesseitig verstärkt durch die Staatssekretärin für Bildung, Forschung und Innovation, den Delegierten des Bundes für Cyber-Sicherheit und einer Vertretung des Nationalen Zentrums für Cybersicherheit. Die Staatsschreiberkonferenz entsendet sechs kantonale Mitglieder.

5 Sonstige Tätigkeiten

5.1 Tagung Behördenkommunikation

Der Vorstand der SSK organisierte in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Demokratie in Aarau eine Tagung mit dem Titel «Behördenkommunikation in der direkten Demokratie». Im ersten Teil der Tagung ordneten Expertinnen und Experten aus Politik-, Rechts- und Medienwissenschaften die Ausgangslage ein und benannten potenzielle Problemfelder. Flankiert wurde diese Analyse durch ein Podium mit Personen aus Medien, Politik und Verwaltung. In einem zweiten Teil erarbeiteten und diskutierten die Teilnehmenden Ideen und Vorschläge für eine Behördenkommunikation der Zukunft. Im Zentrum stand dabei die Frage nach einer guten Kommunikationsordnung für die Zukunft. Abschliessend präsentierten die Referentinnen und Referenten des ersten Teils die Ergebnisse aus den Gruppendiskussionen im Rahmen eines moderierten Panels.

Die wesentlichen Erkenntnisse in Bezug auf eine gute Kommunikationsordnung lassen sich in aller Kürze wie folgt zusammenfassen:

- > Es bedarf gleichermassen aktiver wie sorgfältiger Behörden
- > Die verfassungsrechtlichen Grundsätze sind nach wie vor wichtig und inhaltlich aktuell
- > Die klassischen Kanäle der Behördenkommunikation sind weiter von Bedeutung und auch gefragt.
- > Es gilt jedoch, auch neue Kanäle zu erschliessen. Hierbei sollte die Methode von "Trial and error" ihren Platz erhalten.
- > Für die Demokratie ist die Kontrolle der staatlichen Kommunikation durch die Medien und durch die Gerichte von existenzieller Bedeutung.
- > Vor diesem Hintergrund wird die Medienförderung wichtiger, auch wenn diese politisch umstritten ist. Es gilt, neue Formen der Förderung zu entwickeln.
- > Mit Blick auf eine gute künftige Kommunikationsordnung sind die vom Bundesgericht aufgestellten Regeln, insb. zur Absage von Abstimmungen und zur Rolle von Magistratspersonen in Abstimmungsdebatten zu hinterfragen.
- > In Bezug auf die sozialen Medien besteht ein Regulierungsdefizit, das zügig aufzuarbeiten ist.

5.2 Veröffentlichung von Studien

Im Berichtsjahr wurden von der SSK keine Studien durchgeführt.

5.3 Interkantonale Vergleiche

5.3.1 Organisation der Datenschutzstelle in den Kantonen

Auf Initiative des Kantons Obwalden beantworteten Staatskanzleien und -schreibereien einen [Fragebogen über die Organisation der Datenschutzbehörde](#) in ihrem Kanton, das Organisationsmodell, die Anzahl der dafür vorgesehenen Stellen (VZÄ), die Wahl- und Aufsichtsbehörde sowie die Finanzierung. Daraus ergibt sich, dass neun Kantone unabhängige Strukturen haben, fünf haben ein Modell, das auf einer interkantonalen Vereinbarung beruht, vier Kantone erteilen ein externes Mandat für den Datenschutz und schliesslich haben vier Kantone eine in die Kantonsverwaltung integrierte Struktur.